NIEDERSÄCHSISCHER
STÄDTE- UND GEMEINDEBUND

Wittmunder Appell

zur Sicherstellung der kommunalen Handlungs- und Gestaltungsspielräume durch verlässliche Finanzausstattung

Einleitung

Der dramatische Rückgang ausgeglichener kommunaler Haushalte, steigende Defizite und eingeschränkte Handlungsspielräume prägen seit Jahren die Realität in niedersächsischen Städten, Gemeinden und Landkreisen. Die kommunale Selbstverwaltung und die finanzielle Mindestausstattung sind durch das Grundgesetz (Art. 28 Abs. 2) sowie die Niedersächsische Verfassung (Art. 58 Abs. 1) garantiert. Das Land Niedersachsen ist verpflichtet, die Funktionsfähigkeit und eigenständige Gestaltungskraft der Kommunen sicherzustellen.

Situation der Kommunen in Niedersachsen

Die Mehrheit der Kommunen in Niedersachsen kann ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen – die Defizite erreichten 2024 und 2025 mit über vier Milliarden Euro ein Rekordhoch. Im Jahr 2025 verzeichnet der kommunale Finanzausgleich erstmals einen Rückgang der Zuweisungen, finanzschwache Kommunen erhalten auch weniger Bedarfszuweisungen als im Vorjahr.

Immer mehr müssen die Kommunen freiwillige Leistungen, die profilgebend sind, aus finanziellen Gründen aufgeben. Die Spielräume für politische Gestaltung sind oft nicht mehr vorhanden.

Gerade die Kommunen werden als direkte Instanz des staatlichen Handelns gesehen. Die hier getroffenen Entscheidungen wirken auf die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen unmittelbar und sind direkt zuzuordnen.

Daran bemisst sich das Empfinden des Staates als handlungsfähige Instanz. Die lokalen Gestaltungsmöglichkeiten wiederum bieten die Motivationsgrundlage für die Betätigung der kommunalen Abgeordneten.

Ein Fehlen der finanziellen Mittel, um eben diese Gestaltungsmöglichkeiten als Angelegenheiten der öffentlichen Gemeinschaft wahrnehmen zu können, fördert den Verdruss und die Resignation aller Beteiligten.

Politische Randgruppen nutzen diese Situation, um mit vermeintlich leichten Erklärungen sowohl Ursachen als auch Lösungsmöglichkeiten zu propagieren. Es verfangen sich immer mehr Wählerinnen und Wähler in diesen Parolen.

Aus diesem Grund ist die fehlende Ausstattung der Kommunen mit ausreichenden Mitteln demokratiegefährdend.

Appell

Die Kommunen sind die Keimzelle staatlichen Handelns vor Ort und das Rückgrat einer lebendigen Demokratie. Die Kommunen bilden als unterste Ebene das Fundament, auf dem unsere demokratische Gesellschaft aufgebaut ist. Jede weitere Verzögerung riskiert die Substanz unserer gesellschaftlichen und demokratischen Struktur. Eine lebenswerte Kommune braucht Gestaltungsspielräume — für Zukunftsaufgaben, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie.

Wir fordern die Landesregierung Niedersachsen auf, kurzfristig und dauerhaft für eine ausreichende, dynamische Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. Dabei sind zu gewährleisten:

- die Sicherstellung der durch Grundgesetz und Landesverfassung garantierten Mindestausstattung,
- Handlungsspielräume für freiwillige Leistungen und eigenständige Gestaltung,
- die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als tragendes Fundament der Demokratie.

Das Land muss seine Möglichkeiten zugunsten der Kommunen einsetzen.
Deshalb:
In einem ersten Schritt ist der kommunale Finanzausgleich
um 1 Mrd. Euro anzuheben!

Hannover, den 16.12.2025
Im Auftrag der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden im
Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund